

Regling, Horst

Article — Digitized Version

Droht eine Explosion der Lehrerzahlen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Regling, Horst (1970) : Droht eine Explosion der Lehrerzahlen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 8, pp. 476-480

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134155>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Droht eine Explosion der Lehrerzahlen?

Dr. Horst Regling, Hamburg *)

Die bildungspolitische Diskussion, die sich ursprünglich auf den Universitätssektor beschränkte, hat sich in zunehmendem Maße auf den sogenannten sekundären Bildungsbereich ausgeweitet. Dabei standen die Schulen als Vermittler der Hochschulreife im Mittelpunkt des Interesses. Schon bald setzte unter Führung der Kultusministerien der Bundesländer ein Wettstreit um die höchsten Abiturientenquoten ein. Gleichzeitig war man bestrebt, durch Senkung der Klassenfrequenzen und ein differenziertes Angebot schulischer Leistungen – z. B. durch eine Erweiterung der Sonderschulen bzw. den in jüngster Zeit verstärkt betriebenen Versuch einer Gesamtschule – die Qualität und Chancengleichheit der Ausbildung anzuheben. Diese ehrgeizigen Pläne trafen mit einer demographischen Entwicklung zusammen, die ohnehin steigende Schülerzahlen mit sich brachte. Dadurch entstand ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften, der bei der Länge der Ausbildungswege nicht von heute auf morgen zu befriedigen war.

Entwicklung seit 1960

Eine Gegenüberstellung der Schüler- und Lehrerzahl an den allgemeinbildenden Schulen¹⁾ seit 1960 zeigt jedoch, daß – im Gegensatz zu den Kassandrarufen verschiedener Stellen – von einem generellen „Lehrernotstand“ keine Rede sein kann. Bereits seit Jahren werden nämlich die steigenden Schülerzahlen durch den Zuwachs an Lehrkräften überkompensiert (vgl. Tab. 1).

Horst Regling, 29, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung „Öffentliche Wirtschaft und Verkehr“ im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung–Hamburg. Er beschäftigt sich u. a. mit Fragen der Bildungspolitik.

Einem Anstieg der Schülerzahl von 22 % zwischen 1960 und 1968 steht nämlich ein Zuwachs der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer von 33 % sowie der nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrer von 99 % gegenüber. Als besonders markant erweist sich in beiden Fällen der Zuwachs an Real- und Sonderschulen, während der Anteil der Volksschüler den geringsten Anstieg aufweist.

Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung in dem Verhältnis der Schüler- zu den Lehrerzahlen (vgl. Tab. 2)²⁾: Während der Quotient Schüler –Lehrer im Durchschnitt einen Rückgang von 31,7 (1960) auf 29,1 (1968) aufweist, haben sich die entsprechenden Kennziffern an den Realschulen und Gymnasien erhöht. Eine bemerkenswerte Senkung der Quotienten ist demgegenüber an den Volks- und Sonderschulen festzustellen. Die nach 1967 stark angestiegenen Übergangsquoten zu den Gymnasien – in Hamburg betragen sie 1968 und 1969 nahezu 40 %³⁾ – dürften auch hier zu einer Verstärkung der aufgezeigten Tendenzen beigetragen haben.

Der Tatbestand, daß die Gesamtzahl der Lehrer seit 1960 erheblich rascher zugenommen hat als die Anzahl der Schüler, gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß die Expansion der Schülerzahlen auf einen Lehrerbestand traf, der sich zu einem großen Teil aus schwachen Geburtenjahrgängen

*) Bei der Konzipierung und Durchrechnung des Modells hat Herr Dipl.-Volkswirt Manfred Weilepp wertvolle Hilfe geleistet.

1) Die folgende Analyse bezieht sich auf die Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen, die im einzelnen Schulkindergärten, Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien, Abendrealschulen und Abendgymnasien sowie Institute zur Erlangung der Hochschulreife umfassen. Aufgrund der abweichenden Struktur wurde darauf verzichtet, die Verhältnisse an den weiterbildenden Berufs-, Fach- und Hochschulen in die Untersuchung mit einzubeziehen.

2) Die in Tab. 2 dargestellten Quotienten beziehen sich ausschließlich auf hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer; bei Berücksichtigung der Teilzeitlehrer wären sie daher in zunehmendem Maße niedriger zu veranschlagen.

3) Gymnasiastenlawine gestoppt. In: Die Welt Nr. 266 vom 14. 11. 1969.

Tabelle 1
Schüler, Lehrer und Reifezeugnisse der allgemeinbildenden Schulen

		1960	1965	1967	1968 ^{a)}
Schüler	Anzahl	6 660 000	7 311 400	7 903 500	8 138 500
	Meßzahl	100	110	119	122
Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer ¹⁾	Anzahl	209 800	242 600	269 600	279 500
	Meßzahl	100	116	130	133
Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrer ¹⁾	Anzahl	43 100	51 500	63 000	85 600
	Meßzahl	100	119	146	199
Erteilte Reifezeugnisse	Anzahl	56 600	50 400	65 700	76 400
	Meßzahl	100	89	116	135
Abiturientenquote ²⁾			7,2	8,5	9,6

a) Vorläufige Zahlen.

¹⁾ Ohne Lehrer an Schulkindergärten, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs.

²⁾ Eigene Berechnungen.

Quellen: Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission: Strukturplan für das Bildungswesen, o. O. 1970, S. 323; Statistische Jahrbücher der BRD.

– Erster Weltkrieg, Inflation, Wirtschaftskrise – zusammensetzt und dessen Nachwuchs sich seit einer Reihe von Jahren weitgehend aus den Nachfolgegenerationen dieser schwachen Jahrgänge rekrutiert. Daraus folgt, daß die künftigen Wachstumsraten des Lehrerbstandes nicht allein an den bisherigen Erfahrungen gemessen werden dürfen. Im Gegenteil ist zu vermuten, daß mit steigenden Schüler- und überproportional wachsenden Abiturientenzahlen die Nachfrage nach entsprechenden Studienplätzen und damit auch das Angebot an ausgebildeten Lehrkräften erheblich stärker zunehmen wird als in der Vergangenheit. Angesichts der umfangreichen Konsequenzen in persönlicher, materieller und nicht zuletzt in politischer Hinsicht erscheint es daher dringend erforderlich, eine Vorstellung über die in den nächsten Jahren zu erwartende Entwicklung auf diesem quantitativ bedeutsamen Bildungssektor zu gewinnen.

Prognose des Lehrerberarfs ...

Die Prognose des Lehrerberarfs beruht auf einer Vorausschätzung der bis 1981 zu erwartenden Schülerzahlen, die ihrerseits sowohl von der demographischen Entwicklung als auch von der Länge des Schulbesuchs abhängen.

Tabelle 2

Schüler-Lehrer-Quotienten nach Schultypen

Jahr	Volks-schulen	Sonder-schulen	Real-schulen	Gymna-sien	Ins-gesamt
1960	37	21	24	19	32
1965	35	19	25	19	30
1967	33	18	26	21	29
1968	33	18	26	21	29
1981 ^{a)}	27	.	20	14	.
1981 ^{b)}	22	.	15	11	.

a) Mittelwerte. b) Zielwerte der Kultusministerkonferenz.

Quellen: Deutscher Bildungsrat, a. a. O., S. 322 f.; Hajo Riese: Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der BRD, Wiesbaden 1967, S. 65.

Die voraussichtliche demographische Entwicklung konnte einer Vorausschätzung des Statistischen Bundesamtes entnommen werden ⁴⁾. Hinsichtlich der Länge des Schulbesuchs wurde davon ausgegangen, daß die Schulzeit bei Hauptschulabschluß neun Jahre beträgt – vom 6. bis zum 15. Lebensjahr – und sich bei Ablegung des Abiturs um vier auf dreizehn Jahre, d. h. bis zum 19. Lebensjahr, verlängert. Ab 1974 wird für den Hauptschulabschluß eine zehnjährige Schulpflicht – vom 6. bis zum 16. Lebensjahr – zugrunde gelegt, während das Abitur bereits nach zwölf Jahren, d. h. mit dem 18. Lebensjahr, abgelegt wird. Die Quote der Angehörigen eines Geburtenjahrganges, die bis zum Abitur die Schule besuchen, wurde alternativ mit 20, 30 bzw. 40 % angenommen.

Um die Berechnung nicht übermäßig zu komplizieren, wurde unterstellt, daß alle Angehörigen des gleichen Geburtenjahrganges auch tatsächlich in dem Jahr, in dem sie das 6. Lebensjahr vollenden, eingeschult werden und daß sie die Klassen gleichmäßig durchlaufen. Das Problem der Wiederholer wurde also vernachlässigt. Die Zahl der Schulabgänge eines Jahres errechnet sich dann aus der Zahl der Zugänge 9 (ab 1974: 10) Jahre davor abzüglich der 20, 30 bzw. 40 % dieses Jahrganges, die bis zum Abitur die Schule besuchen, zuzüglich derjenigen, die in dem betreffenden Jahr ihr Abitur ablegen.

Die bisherigen Überlegungen führen zu drei Zeireihen für die mögliche Entwicklung der Schülerzahlen. Die Division dieser Zahlen durch ein angenommenes Verhältnis von Schülerzahl pro Lehrer ergibt den geschätzten Lehrerberarf. Als Richtzahlen wurde ein Verhältnis von 30, 25, 20 bzw. 15 Schüler/Lehrer zugrunde gelegt. Ab 1975 wurde ein zusätzlicher Personalbedarf von 5 % in

⁴⁾ Dabei wurde die dort entwickelte „Alternative der rascheren Bevölkerungsentwicklung“ zugrunde gelegt, da sie der Entwicklung bis 1968 am nächsten kommt. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie A, Reihe 1, Sonderbeitrag: Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1964 bis 2000, Stuttgart und Mainz 1963, S. 5 ff.

Rechnung gestellt, da sich nach den Empfehlungen der Bildungskommission ein Teil der Lehrer sukzessive einer Weiterbildung unterziehen soll⁵⁾. Als Ergebnis erhalten wir somit zwölf alternative Reihen, die die Entwicklung des Lehrerberarfs bei unterschiedlichen Anforderungen kennzeichnen.

... und des Lehrerbstandes

Die Entwicklung des Lehrerbstandes variiert mit der Anzahl der jährlich in den Schuldienst eintretenden bzw. aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrkräfte. Die Zahl der jährlichen Abgänge kann nach Angaben der Bildungskommission mit 4,8% des jeweiligen Vorjahresbestandes angenommen werden. Die Berechnung der Neuzugänge gründet sich auf die Annahme, „daß wie bisher auch in Zukunft 76% des Lehrerberarfs neu ausgebildet werden müssen, während die übrigen 24% durch Wiedereinstellungen und aus anderen Berufen gewonnen werden können“⁶⁾.

Die Anzahl der neu auszubildenden Lehrer wird bestimmt durch die Entwicklung der Abiturientenzahlen sowie vom Anteil der Lehramtskandidaten an der Gesamtzahl der Abiturienten. Entsprechend dem kontinuierlichen Anstieg der Übergangsquoten zu den Gymnasien wurde unterstellt, daß bis 1972 10% und bis 1974 12% der 19jährigen sowie nach der Umstellung des Schulsystems ab

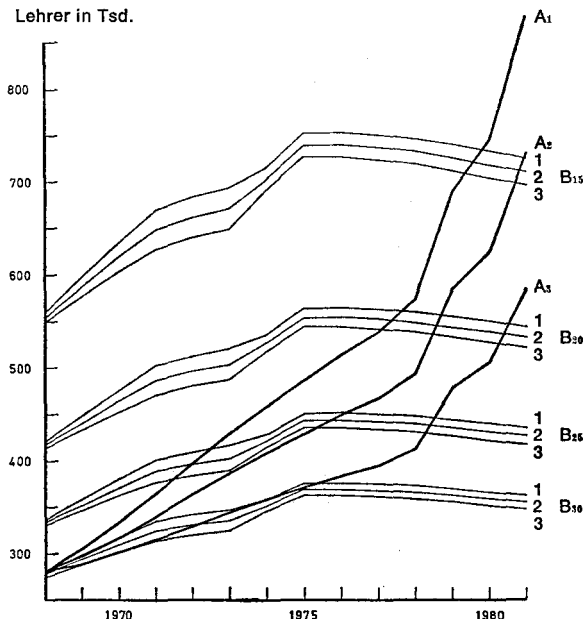
1974 15% und ab 1976 30% der 18jährigen die Reifeprüfung ablegen⁷⁾. Der Anteil der angehenden Lehrer an der Gesamtzahl der Abiturienten wurde jeweils mit 30, 40 und 50% angenommen, so daß sich drei alternative Reihen für das erwartete Lehrerangebot ergeben. Bei einer fiktiven durchschnittlichen Studiendauer von vier Jahren und unter Berücksichtigung einer einjährigen Verzögerung infolge des allgemein eingeführten Referendariats berechnen sich damit die Zugänge an neu ausgebildeten Lehrern z. B. für das Jahr 1970 als 30, 40 bzw. 50% der Abiturienten des Jahres 1965.

Bei der im Schaubild vorgenommenen Fortschreibung des Lehrerbstandes wurden diese Neuzugänge (76%) um die durch Wiedereinstellungen und aus anderen Berufen gewonnenen Lehrkräfte (24%) ergänzt sowie der jeweilige Vorjahresbestand um 4,8% gekürzt (vgl. Schaubild).

Realitätsnahe Annahmen

Die wichtigsten Annahmen, die dem Modell zugrunde liegen, sollen im folgenden kurz diskutiert und auf ihren Realitätsgehalt hin überprüft werden. Der demographischen Entwicklung kann dabei im Hinblick auf den relativ kurzen Untersuchungszeitraum nahezu objektiver Charakter zugesprochen werden. Die grundlegenden Annahmen, die das Schulsystem betreffen, haben den Vorzug, daß sie weitgehend an den Empfehlungen der Bildungskommission ausgerichtet sind, die – wie das einhellige Echo zeigt – als bildungspolitisches Programm der 70er Jahre angesehen werden können. Insofern bedarf weder die Annahme einer ab 1974 einzuführenden allgemeinen 10jährigen Schulpflicht noch die Erwägung einer gleichzeitigen Herabsetzung der zum Abitur erforderlichen Schuljahre (auf 12) einer weiteren Erörterung. Ähnliches gilt für die zugrunde gelegten Abiturientenquote von 20, 30 bzw. 40%. Diese Annahmen werden nicht nur durch die in den letzten Jahren mit dem Fortfall der Aufnahmeprüfungen erheblich angestiegenen Übergangsquoten zu den Gymnasien gestützt. Darüber hinaus kann auf das vom Bundeswissenschaftsminister Leussink vorgelegte Programm verwiesen werden, das sich im wesentlichen an den Empfehlungen des Bildungsrates orientiert. Demzufolge gehen die Planungen dahin, daß 50% eines Jahrganges bis zum Abitur – nach der neuen Terminologie zum Abitur II im Unterschied zum Abitur I, das nach dem 10. Schuljahr erreicht wird – geführt werden sollen⁸⁾.

Alternative Prognose des Lehrerberarfs bzw. Lehrerbstandes bis 1981



A₁, A₂, A₃ Entwicklung des Lehrerbstandes, wenn 50, 40, 30% der Abiturienten ins Lehramt eintreten;
 B₁₅, B₂₀, B₃₀ Lehrerberarf bei Schüler-Lehrer-Verhältnis von 15, 20, 25, 30; bei einer alternativen Übergangsquote zum Gymnasium von 20 (3), 30 (2), 40 (1) %.

5) Deutscher Bildungsrat, a. a. O., S. 308.

6) Deutscher Bildungsrat, a. a. O., S. 309.

7) Entsprechend würden 1974 die Jahrgänge 1955 und 1956 zum Abitur geführt.

8) Leussink für Gesamthochschule. In: Handelsblatt Nr. 232 vom 3. 12. 1969.

Wie leicht zu erkennen ist, wird der Lehrerberauf in entscheidendem Maße durch das angestrebte Verhältnis von Schülerzahl pro Lehrer beeinflusst. Die zugrunde gelegten Richtzahlen — 30, 25, 20, 15 — geben deshalb besonders in quantitativer Hinsicht wichtige Aufschlüsse.

Hinsichtlich der Faktoren, die das Lehrerangebot bestimmen, konnte zunächst auf einige empirisch gesicherte Erfahrungswerte zurückgegriffen werden, wie sie auch in den Empfehlungen des Bildungsrates als Prognosedaten einkalkuliert worden sind. Insofern bedarf weder die veranschlagte jährliche Abgangsquote von 4,8 % noch der Erfahrungssatz, daß nur 76 % des Lehrerberarfs neu ausgebildet werden muß, innerhalb einer globalen Analyse weiterer Erörterungen.

Von den Bestimmungsgründen, die die Anzahl der neu auszubildenden Lehrer beeinflussen, wurde der zu erwartende starke Anstieg der Abiturientenquote bereits eingehend behandelt. Angesichts dieser Perspektiven erscheinen die der Prognose zugrunde liegenden Abiturientenziffern, zumindest als gleitender Durchschnitt gesehen, keinesfalls übertrieben. Auch die unterstellte durchschnittliche Studiendauer von vier Jahren kann angesichts des überragenden Anteils der Volks- und Realschullehrer durchaus als realistisch angesehen werden. Sie entspricht darüber hinaus der von der Bundesassistentenkonferenz (BAK) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angestrebten sowie der von der Bildungskommission konzipierten Reform der Lehrerausbildung, nach der die „gleiche Ausbildung für alle Lehrer“ acht Semester betragen soll⁹⁾.

Da die in den Schuldienst eintretenden Absolventen während der Referendariatszeit von ca. 1 1/2 Jahren nur in beschränktem Umfang als eigenständige Lehrpersonen angesehen werden können, erscheint es angemessen, wenn zwei Drittel dieser Phase der Ausbildungszeit zugerechnet werden, die damit für alle Lehrer einheitlich mit fünf Jahren berechnet wurde.

Attraktives Lehrerstudium

Wie aus dem Schaubild deutlich hervorgeht, wird das künftige Lehrerangebot in entscheidendem Maße von der Quote der angehenden Lehrer an der Gesamtzahl der Abiturienten bestimmt. Eine Analyse der bisherigen Entwicklung zeigt, daß sich schon Anfang der 60er Jahre 40 % aller Studienanfänger für das Studium des Lehramts entschlossen haben¹⁰⁾ und daß der Anteil der Lehr-

amtsprüfungen an der Gesamtzahl der Abschlußprüfungen aller Hochschulen 1964 bereits 48,1 % betrug¹¹⁾. Diese Tendenz hat sich in der Zwischenzeit insoweit fortgesetzt, als gegenwärtig etwa 50 % aller Studenten als Lehramtsanwärter angesehen werden können. Es spricht vieles für die Vermutung, daß sich dieser Trend in Zukunft zumindest konsolidieren wird. So äußerten im Jahre 1969 50 % aller Abiturienten in Nordrhein-Westfalen den Wunsch, Lehrer zu werden, und die Landesregierung ist erklärtermaßen entschlossen, diesen Prozentsatz zu halten¹²⁾. Zwar wurden in anderen Bundesländern, wie beispielsweise in Hamburg, hinsichtlich der Berufswünsche der Abiturienten geringere Quoten ermittelt; dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß sich während des Studiums häufig eine Änderung der Disposition ergibt. So wechselten z. B. in Bayern im Jahre 1969 18,5 % aller Studenten bereits nach dem ersten Semester das Studienfach, wobei sich der Wechsel aus verschiedenen Fachrichtungen zum Lehramt an Volksschulen als der häufigste erwiesen hat¹³⁾. Auch läßt sich in letzter Zeit ein Trend dahingehend feststellen, daß die Absolventen solcher Fakultäten, die, wie z. B. Politologen, Soziologen oder Psychologen, geringe Berufschancen vorfinden, in steigendem Maße zum Lehramt überwechseln.

Die Vermutung, daß der Anteil der Studenten mit der Fachrichtung „Lehrer“ in Zukunft konstant bleiben wird, rechtfertigt sich jedoch nicht nur aus den bisherigen Erfahrungen. Sie läßt sich auch mit einer Reihe anderer Faktoren begründen, wie

- günstige Arbeitsbedingungen, d. h. Halbtagsbeschäftigung, die zwar mehr oder weniger Vorbereitung erfordert, andererseits aber nach freiem Ermessen eingeteilt, d. h. beispielsweise auf die Anforderungen einer Hausfrau abgestimmt werden kann,
- ein Vierteljahr Ferien,
- günstige Ausbildungsanforderungen, d. h. relativ kurzes Studium bei weit überdurchschnittlichen Abschlußquoten, und nicht zuletzt
- die unter dem Druck der Interessenverbände vom Gesetzgeber bewußt herausgestellte und in den letzten Jahren stark angehobene Dotierung, die auch in Zukunft erhebliche Steigerungen erwarten läßt¹⁴⁾.

⁹⁾ Hajo Riese, a. a. O., S. 94.

¹²⁾ Peter B o r o w s k y : Studentafel für Studenten. In: Handelsblatt Nr. 176 vom 15. 9. 1969.

¹³⁾ Viele Studenten wechseln Studienfach. In: Die Welt Nr. 176 vom 27. 11. 1966.

¹⁴⁾ Nach der vom Bildungsrat empfohlenen Besoldungsreform für Lehrer „ergeben sich . . . Im Jahre 1980 je Beschäftigten (Lehrer und übriges Personal) Kosten in Höhe von 49 700 DM. Bei diesem Betrag ist der steigende Anteil des nicht-lehrenden Personals zu beachten, der die Durchschnittsausgaben je Beschäftigten senkt“. Vgl. Deutscher Bildungsrat, a. a. O., S. 296.

⁹⁾ Lehrerausbildung nur an Universitäten. In: Handelsblatt Nr. 42 vom 2. 3. 1970; Jutta W i l h e l m i : Neues Berufsbild für Lehrer. In: Handelsblatt Nr. 45 vom 5. 3. 1970.

¹⁰⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD, Lehrerbefand und Lehrerberauf, III Lehrernachwuchs, Dokumentation Nr. 22, o. O. 1967, S. 7.

Unter diesen Annahmen weist der Lehrerberauf zwischen 1968 und 1971 seine stärksten Zuwachsraten auf, steigt dann bis 1975 zunächst in geringerem Ausmaß weiter an und zeigt danach bis 1981 eine eher rückläufige Tendenz. Das Schulsystem der BRD befindet sich demnach augenblicklich in einer Phase, in der die Schülerzahlen sowohl aufgrund steigender Geburten als auch erhöhter Bildungsnachfrage stark expandieren. Wie die Entwicklung des Lehrerangebots zeigt, kann der daraus resultierende derzeitige Lehrermangel nur innerhalb eines bestimmten Zeitablaufes ausgeglichen werden. „Mit dem wachsenden Anteil derjenigen Schüler, die eine weiterführende Ausbildung wählen, nimmt dann jedoch auch der Anteil derjenigen zu, die für den Lehrerberuf in Frage kommen. Es handelt sich mithin um eine Phasenverschiebung zwischen der Expansion des Bildungswesens einerseits und der durch diese Expansion ermöglichten Deckung des Lehrerberarfs andererseits¹⁵⁾.“

Während demnach in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine weitgehende Anpassung der Lehrerzahlen an den rasant gestiegenen Bedarf stattfindet, erlaubt die in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts zu erwartende Expansion des Lehrerangebots eine beträchtliche Senkung des Schüler-Lehrer-Verhältnisses von 29,1 (1968) auf wahrscheinlich weit weniger als 20 (1981). Damit werden die von der Kultusministerkonferenz für 1981 als bildungspolitische Zielvorstellung angegebenen „Mittelwerte“ bereits erheblich unterschritten, so daß sogar die als pädagogisch wünschenswert bezeichneten „Zielwerte“ realisierbar erscheinen¹⁶⁾. Angesichts der personellen Konsequenzen und des finanziellen Aufwandes, den eine derart drastische Senkung des Schüler-Lehrer-Verhältnisses erfordert, muß jedoch gefragt werden, ob im Hinblick auf den allgemeinen Arbeitskräftemangel im Fürsorge- und Erziehungssektor bzw. untervolkswirtschaftlichen Kosten-Ertragsgesichtspunkten die Verwirklichung dieser Richtzahlen noch als erstrebenswert angesehen werden kann.

Überangebot an Lehrern?

Darüber hinaus aber stellt sich die Frage, wie dem lawinenartig anschwellenden Lehrerangebot in den 80er Jahren Einhalt geboten werden soll. Denn selbst wenn die vorgezeichnete Entwicklung bis 1980 als wünschenswert angesehen wird — die Bildungskommission postuliert in ihrem Struktur-

plan einen Ausbildungsbedarf von 385 100 bis 513 300 Lehrern¹⁷⁾, während der Zuwachs nach den vorliegenden Berechnungen 337 500 bis 581 200 Lehrer beträgt —, darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich zu dieser Zeit bereits weitere fünf Jahrgänge in der Ausbildung befinden. Wenn entsprechend den vorliegenden Plänen die Abiturientenquote bis 1980 auf 50% und die Lehrergehälter pro Jahr auf mehr als 50 000 DM angehoben werden, dann erscheint eine jährliche Zuwachsrate des Lehrerbstandes von 100 000 bis 200 000 keineswegs utopisch. Angesichts dieser Perspektiven muß dringend davor gewarnt werden, eine Entwicklung in die Wege zu leiten, an deren Ende ein katastrophales Überangebot an Lehrkräften stehen müßte.

Für die gegenwärtige Situation stellt sich daher die Forderung, dem akuten Lehrermangel keinesfalls mit Maßnahmen zu begegnen, die eine langfristige Verschiebung des bisherigen Trends zur Folge hätten. Denn derartige Maßnahmen, die auf eine langfristige Erhöhung des Lehrerangebots gerichtet sind, können bei einer durchschnittlichen Ausbildungsdauer von fünf Jahren frühestens 1975 wirksam werden, zu einem Zeitpunkt also, in dem der Anstieg des Lehrerberarfs bereits zum Stillstand gekommen ist. Es erscheint daher vielmehr angebracht, dem gegenwärtigen Lehrermangel mit kurzfristigen Maßnahmen entgegenzutreten.

Strukturelle Probleme

Insbesondere ist bei der Konzipierung von Maßnahmen zu berücksichtigen, daß der Lehrermangel ein weitgehend strukturelles Problem ist — am stärksten betroffen sind die Eingangsstufe der Gymnasien und die naturwissenschaftlichen Fächer sowie einige geographisch entlegene Regionen —, das durch eine generelle Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes nicht gelöst wird. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß auf diese Weise ein Lehrerangebot geschaffen wird, das in seiner Struktur dem Bedarf nicht genügen kann, was zur Folge hätte, daß der Mangel in einigen Fächern weiter bestehen bliebe, während in anderen Fächern ein Überangebot auftreten würde.

Die Gefahr eines Überangebots an Lehrkräften verdient nicht zuletzt deshalb ernst genommen zu werden, weil der überwiegende Teil der Ausbildung wenig berufliche Substitutionschancen — schon gar nicht zu den geschilderten attraktiven Bedingungen — erwarten läßt. Angesichts der günstigen Möglichkeiten, unter denen eine längerfristige Bedarfsschätzung auf diesem Sektor durchführbar erscheint, könnte den betroffenen staatlichen Organen bei Eintreten der aufgezeigten Situation der Vorwurf mangelnder Vorsorge nicht erspart bleiben.

¹⁵⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD, a. a. O., S. 18 f.

¹⁶⁾ Vgl. Tab. 2.

¹⁷⁾ Die Berechnungen des Bildungsrates beziehen sich dabei allerdings auch auf den Berufsschulsektor, der in der vorliegenden Prognose durch einen bewußt niedrigen Ansatz der Lehrerzahlen im Jahre 1968 ausgeklammert wurde. Vgl. Deutscher Bildungsrat, a. a. O., S. 309.